

27. JUNI 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

Bonn, den 27. Juni 1962

P/AVII/131

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Barrieren für den Bundeskanzler</u> Unüberhörbare Stimme des Bundestages zur deutschen Europapolitik	82
2 - 3	<u>Der Marsch der Milliarden</u> Von Heinrich G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses	85
4	<u>"Abgelehnt"</u> Erörterung wichtiger Probleme wieder auf die Lange Bank geschoben	85
5 - 6	<u>Labour-Abgeordnete in Berlin</u> "Man muß die Mauer gesehen haben, um ihre Ungeheuerlichkeit zu begreifen"	58

* * *

* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Barrieren für den Bundeskanzler

Unüberhörbare Stimme des Bundestages zur deutschen Europa- Politik

Der.- Am Vorabend des Staatsbesuches Dr. Adenauers in Frankreich war es notwendig geworden, die deutsche Position in der Europa-Politik von allen Missdeutigkeiten und Fehlinterpretationen zu klären, dem deutschen Volk und der Welt zu sagen, wo wir stehen, was wir wollen und welche Wege beschritten werden müssen, um das gewünschte Ziel zu erreichen.

Auf zweierlei Weise ist dies geschehen. Sämtliche deutsche Parteien, zusammengeschlossen im Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa, haben am Dienstag dieser Woche in einer gemeinsamen Erklärung die Marksteine für die zu erstrebende europäische Entwicklung fixiert; der politische Wille, der sich hier kundtat, kann von keiner Regierung übersehen werden.

Dieser deutschen Willenskundgebung folgten am gleichen Tage und fast zur gleichen Stunde gleichlautende Willensäußerungen in den Hauptstädten der übrigen EWG-Staaten. Sie wandten sich nicht nur an die eigenen Völker, sie richteten sich auch an die übrige Welt, sie zeigten den entschlossenen Willen, dem Geist der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts durch den Bau eines von freiheitlichen Idealen geprägten Europa gerecht zu werden, das nach tausendjähriger innerer Zerrissenheit wieder zu sich selbst findet. Weit und schwierig ist der Weg dorthin, aber es gibt kein Zurück mehr. Er muss und wird begangen werden.

Dies machte auch die verlängerte Fragestunde des deutschen Bundestages am Mittwoch dieser Woche deutlich. Zehn Europa und die deutsche Europa-Politik betreffende Fragen der Sozialdemokratie, ergänzt durch Zusatzfragen von Angehörigen der Regierungsparteien und deren Beantwortung durch den Außenminister ergaben eine weitgehende Einmütigkeit der Auffassungen. Diese denkwürdige Stunde war ein Gewinn für die deutsche Politik und für die deutsche Demokratie.

Es bestand, um nur das Wesentlichste herauszugreifen, Übereinstimmung darin,

- * dass die wirtschaftliche und politische Einheit Europas ohne Grossbritannien nicht denkbar ist,
- * dass die Tür zur EWG und zur politischen Union Europas auch den neutralen europäischen Staaten durch Assoziierungsabkommen offen zu halten ist,

- * dass die Funktionsfähigkeit der bestehenden europäischen Gemeinschaftsorgane nicht angetastet werden darf, sondern weiter ausgebaut werden muss;
- * dass ständige Treffen der Regierungschefs zwar notwendig und nützlich, aber kein Ersatz für die zu erstrebende handlungsfähige politische Union sind, und
- * dass keine Mühe gescheut werden darf, den Prozess der Europäischen Integration auf allen Gebieten voranzutreiben.

Damit legte der Bundestag dem Bundeskanzler für seine bevorstehende Frankreich-Reise die bindende Verpflichtung auf, nichts zu tun, was diesen Weg zu Europa hin stören könnte. De Gaulle und Adenauer sind sehr alte Männer; an Eigenwilligkeit und Starrsinn haben sie vieles gemeinsam. De Gaulles Europa-Politik, seine Vorstellung vom Europa der Vaterländer, ist schwer zu vereinbaren mit den Zielen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten Europas. Adenauer wiederum, verfolgt man seine dunklen Äusserungen in der letzten Zeit, hat ein Europabild vor Augen, dessen Konturen verschwimmen. Seine eigene Partei kann ihm dabei nicht folgen - sie würde ganz "ihr Gesicht" verlieren - und auch die Mehrheit des Bundestages würde ihm für seine europäischen Sondertouren die Unterstützung versagen. Das ging aus der Beantwortung der sozialdemokratischen Fragen hervor.

*

Etwas mehr Klarheit über die Haltung der Bundesregierung hätte man sich freilich in der Spanienfrage gewünscht. Berufung auf Zeitungsauszüge und deren Interpretation sagen nichts aus über die wirkliche Einstellung. Die permanente Verletzung der Menschenrechte in Spanien und die schändliche Behandlung von spanischen Demokraten, die sich in München trafen, durch Franco, hätte die Bundesregierung aus ihrer Reserve herauslocken müssen. Gerade wir, Regierung und Parlament als die Repräsentanten des Volkswillens und einer freiheitlichen Demokratie, sollten ein waches Empfinden für alles Unrecht haben, ganz gleich, wo es geschieht. Wie können wir für die Wiederherstellung der Menschenrechte in Mittelddeutschland überzeugungskräftig auftreten, wenn wir gleichzeitig zur Missachtung der Menschenrechte in Franco-Spanien schweigen?

Das Europa, das wir alle erstreben, an dessen Bau wir alle mitarbeiten, kann nur ein Europa der Völker sein, in dem Freiheit, Demokratie und Menschenwürde ihre Heimstatt haben. Etwas mehr Stoßkraft von der Bundesregierung in dieser Richtung wäre gerade in der Spanienfrage wünschenswert. Sie fände sich dabei in guter Gesellschaft aller und lebendiger Demokratien.

+ + +

Der Marsch der Milliarden

Von Heinrich G. Ritzel, MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses

In diesem Jahre sind in Nordrhein-Westfalen, in Bayern und Hessen die wahlberechtigten Bürger dazu aufgerufen, zu landespolitischen Problemen ihre Stimme abzugeben. Fragen der Landespolitik aber sind in unseren Tagen von den Problemen der Bundespolitik ebenso zu trennen, wie von den Problemen der Kommunalpolitik.

Gemeinden - Länder - Bund

Die Stimmberechtigten geben ihr Urteil auch über die Verwendung ihrer Steuerleistung ab. Was den Gemeinden aus Gewerbesteuer, Grundsteuer, Getränkesteuer, Kinosteuer, Hundesteuer und sonstigen Steuern zufließt, was den Ländern aus der Einkommensteuer, der Lohnsteuer, der Körperschaftssteuer zukommt und direkt aus der Kraftfahrzeugsteuer, der Vermögenssteuer, der Biersteuer und Ertragssteuer und sonstigen Steuern zufließt, was schließlich den Kassen des Bundes durch Umsatzsteuer, Tabaksteuer, Bundesanteil aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer, Lohnsteuer, aus der Mineralölsteuer, Branntweinmonopol, Beförderungsteuer, Kaffeesteuer und sonstige Steuer zuwächst, ist ein einziger Marsch der Milliarden aus den Taschen aller Steuerzahler in die Kassen der öffentlichen Hand.

Mangelhafte Bundesgesetzgebung

Keinem verantwortungsbewußten Staatsbürger kann es gleichgültig sein, wieviel er zu zahlen hat und für was sein Geld Verwendung findet. Dem Staatsbürger liegt am nächsten die Gemeinde, in der er wohnt, an deren Leben er den meisten Anteil nimmt. Er muß wünschen, daß die Gemeinde materiell in die Lage versetzt wird, ihre Aufgaben zu erfüllen. Da die Gemeinden und mit ihr die Gemeindeverbände (Kreise) im Grundgesetz als Anhängsel der Länder betrachtet wurden, geschah und geschieht ihnen viel Unrecht. Sie sind nicht, was sie sein sollten, staatsrechtlich und finanzpolitisch als dritte Säule im Leben unseres Volkes anerkannt.

In der täglichen Praxis sind die Gemeinden in einem unerfreulichen Ausmaß zu Kostgängern der Länder geworden. Daran sind nicht die Länder, sondern daran ist die mangelhafte Bundesgesetzgebung schuld. In allen Regierungserklärungen der Bonner Regierung wurde den Gemeinden ein hohes Loblied gesungen und ihnen wurden Versprechungen gemacht, die nie gehalten wurden sind. Daß die Länder sich ihrer Gemeinden sehr unterschiedlich angenommen haben, ist bekannt. Vom Standpunkt der Gemeindebürger aus wird nun der Wahltag zum Zahltag.

Wohin fließen die Steuern ?

Der Bürger ist auch Bürger seines Landes. Seine Entscheidung fußt auf der eigenen Erkenntnis und der Bewertung der Versprechungen der Parteien. Er muß selbst beurteilen, ob die Landesregierungen und die sie tragenden Parlamentsmehrheiten in den Landtagen ihre Pflicht getan haben und er muß entscheiden, ob die Behandlung des Landes und seiner Lebensinteressen durch den Bund richtig war oder nicht. Dabei muß der Bürger

wissen, daß im Jahre 1961 die etatsmäßigen Einnahmen und Ausgaben des Bundes nahezu 50 Milliarden DM betragen haben und daß diese Milliardensumme zu einem erheblichen Teil in ihrer praktischen Verwendung auch den Gemeindeglieder und Landesbürger betrifft, der ja immer in der ein und derselben Person in Erscheinung tritt.

Der Staatsbürger, wie wir uns alle gemeinhin zu bezeichnen pflegen, ist an der Höhe der Steuereinnahmen und an dem Marsch der Milliarden in die öffentlichen Kassen brennend interessiert. Er ist interessiert daran, nicht überfordert zu werden. Er ist interessiert daran, zu wissen, ob die riesenhaften Steuerleistungen, die im Jahre 1960 den Gemeinden mit 14,5 Prozent zufließen, den Ländern mit 30,6 Prozent und dem Bund mit 54,9 Prozent in einem gerechten Sinne verwendet werden.

Das Urteil des Staatsbürgers wird sich immer an den Tatsachen orientieren müssen, aber auch an den Befürchtungen. Nehmen wir dafür ein praktisches Beispiel:

- * Im Jahre 1960 sind 2,7 Prozent aller Bundeseinnahmen aus der
- * Mineralölsteuer geflossen. Im Jahre 1961 wurden
- * 6,9 Prozent erwartet oder 3 300 000 000 DM. Die Sozial-
- * demokraten haben in wiederholten Auseinandersetzungen im Bun-
- * destag dafür gesorgt, daß die Mineralölsteuer, soweit sie aus
- * dem Verkehr fließt, auch dem Verkehr - praktisch also den
- * Straßen - zugutekommt.

Der Bund hat mit dem Stimmen aller Parteien einen ersten und einen zweiten Vierjahresplan für den Straßenbau verabschiedet. Bis auf 400 Mio DM fließen alle aus dem Straßenverkehr kommenden Mineralölsteuern dem Straßenbau zu. Nunmehr will der Bund die entgegengesetzten dem Rat der Sozialdemokraten gesperrten 20 Prozent des Mineralölsteuerertrages nur mit etwa 10 Prozent freigeben. Betroffen ist der Staatsbürger als Bundesbürger, als Bürger seines Landes und seiner Gemeinde. Darüberhinaus besteht die Gefahr, daß die Mehrheit des Bundestages für 1963 die Zweckbindung der Mineralölsteuer aufgeben oder wesentlich dezimieren will. Das wäre ein schwerer Schlag gegen die Straßen überhaupt und gegen die Verkehrsinteressen des Bundesbürgers im besonderen.

Wahltag ist Zahltag

Dieses eine Beispiel zeigt das brennende Interesse des Staatsbürgers an der Verwendung der Milliarden. Es werden am Ende des Jahres 1962 und mit Beginn des kommenden Jahres 1963 etwa rund 80 Milliarden DM sein, die aus den Taschen des Bürgers in die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden überwechseln. Über ihre Verwendung wird durch die Mehrheiten entschieden, die sich in den Parlamenten bilden. Der Staatsbürger braucht sich über Enttäuschungen, die ihm bereitet werden, nicht zu wundern, wenn er nicht selbst zur rechten Stunde verstanden hat, seinen Einfluß in einem Sinne geltend zu machen, der den Marsch der Milliarden in die Richtung lenkt, die ihm genehm ist. Insofern ist tatsächlich jeder Wahltag ein Zahltag; er ist die Quittung für vergangene Dinge und Einflußnahme auf kommende Ereignisse.

+ * +

"Abgelehnt"

Erörterung wichtiger Probleme wieder auf
die lange Bank geschoben

sp - Das Wort "abgelehnt" scheint zum Standardbegriff der gegenwärtigen Regierungskoalition werden zu sollen. Seit vielen Monaten, ja schon vor der letzten Bundestagswahl, wird überall die Frage der notwendigen Angleichung der

Beamtengehälter

an die erhöhten Lebenskosten, das Problem der

Kindergeldzahlung

und das Problem des Zweiten Neuvordnungsgesetzes für die

Kriegsopferversorgung

diskutiert. Mit diesbezüglichen Versprechungen von Mitgliedern der Regierung und Abgeordneten der Regierungsparteien könnte man ganze Bände füllen.

Als am Mittwoch die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wieder einmal von der Regierung klare Antworten forderte und die Ergänzung der Tagesordnung durch Behandlung der erwähnten Punkte beantragte, lehnten dies die Abgeordneten der Regierungsparteien schlicht und einfach ab. Man werde nach den Parlamentsferien ernsthaft die im Zusammenhang mit den genannten Problemen stehenden Fragen überprüfen und dann sehen, was man machen könne, meinte Herr von Brentano als Sprecher der CDU-Fraktion.

Um sich selbst noch etwas Schwung zu geben, fügte Herr von Brentano hinzu, die Sozialdemokraten wollten nur wegen der bevorstehenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen die betreffenden Tagesordnungspunkte jetzt behandelt wissen.

Bei allem Respekt vor dem früheren Außenminister und jetzigen Fraktionsvorsitzenden der CDU: Herr von Brentano scheint vergessen zu haben, dass die Sozialdemokraten nicht erst vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, sondern schon seit Jahr und Tag die gleichen Fragen immer wieder im Bundestag und in den zuständigen Ausschüssen vorbringen. Aber merkwürdig, auch o h n e Wahlen in Nordrhein-Westfalen weicht die CDU stets aus.

Der Beifall, den Herr von Brentano pflichtgemäß von seiner Gefolgschaft für die billige Anrempelung der SPD-Fraktion erhielt, ist daher keine Bestätigung für korrektes parlamentarisches Verhalten und auch wieder nur ein schlechtes Ausweichmanöver.

Labour-Abgeordnete in Berlin

D. (t). - "Einige von uns haben über diese Mauer im Unterhaus gesprochen, andere haben über sie in unseren grossen Zeitungen geschrieben, wir alle nehmen täglich Berichte über die Trennung dieser Stadt entgegen. Doch das, was wir an der Bernauer Straße und entlang der Mauer gesehen haben, übertraf alles, was wir uns vorgestellt hatten. Man muss diese Mauer gesehen haben, um ihre Ungeheuerlichkeit zu begreifen. Die Mauer hat uns schockiert. Sie ist eine Herausforderung an die Intelligenz des Menschen in unserer Zeit."

Das sagte Harold Wilson, der Sprecher der Englischen Labour Party in aussenpolitischen Fragen, der vier Tage lang mit einer 45 köpfigen Delegation von britischen Unterhaus-Abgeordneten in Berlin weilte.

Informationen und Diskussionen

Diese Delegation war die größte, die das britische Parlament jemals über den Kanal geschickt hat. Sie war hier auf Einladung des Landesvorstandes der Berliner SPD. Ihr umfangreiches Programm umfasste Informationsgespräche mit der Britischen Militärregierung in Berlin, mit dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Otto Bach, und mit Mitgliedern der Fraktionsvorstände der beiden grossen Berliner Parteien. Auch mit den Mitgliedern des Präsidiums der Gesellschaft für die Vereinten Nationen, mit Arbeitern und Direktoren zweier Großbetriebe, fand ein eingehender Gedankenaustausch statt.

Im Mittelpunkt des Besuches standen zwei lange Diskussionsabende mit den Repräsentanten der SPD in Berlin. Am ersten Abend stellte sich die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden, Kurt Mattek und Kurt Neubaue, und einige Senatoren den Fragen der Labour-Abgeordneten. Hamburgs Innensenator Helmut Schmidt nahm als Mitglied des Bundesvorstandes der SPD an der Diskussion teil. Auf dem zweiten Diskussionsabend beantwortete Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt die zahlreichen Fragen.

Tief beeindruckt

Harold Wilson hatte von Anfang an betont, dass diese Delegation eine Repräsentation der verschiedensten Meinungen nicht nur innerhalb der Labour-Party, sondern des gesamten Britischen Parlaments darstellt. Hier und da kamen in der Diskussion auch Meinungen zum Ausdruck, die von den

den Vorstandsmitgliedern der Berliner SED durch praktische Beispiele aus der Berliner Sicht korrigiert werden mußten. Als Berlins Innensenator Heinrich Albertz sehr eindringlich die menschlichen Tragödien schilderte, die sich tagtäglich an der Mauer abspielen, da merkte man, wie beeindruckt die englischen Gäste von den bedrückenden Einzelproblemen waren, denen ein Berliner Innensenator, der ja auch für die Polizei verantwortlich ist, gegenübersteht. Kurt Mattick stellte in einem längeren Beitrag fest, dass das Berlin-Problem und auch die Schiessereien an der Mauer nicht isoliert von der weltweiten Situation betrachtet werden darf, sondern dass hier ein aussenpolitischer Zusammenhang besteht, der bei allen Erörterungen berücksichtigt werden muß.

Die mehrstündige Diskussion mit Willy Brandt hinterliess bei allen Delegationsmitgliedern einen nachhaltigen Eindruck. Brandt schilderte anhand von Beispielen nach dem 13. August was auf ihn als verantwortlichen Politiker an Entscheidungen zukomme und wie schwierig es für eine verantwortungsbewusste demokratische Führung war und ist, in dieser Stadt zwischen Gefühl und Vernunft zu entscheiden.

Wilson: "Verständnis vertieft"

Harold Wilson fasste das Ergebnis der Begegnung zusammen und erklärte:

- * "Der Schock beim Anblick der Mauer und die freimütige Art
- * der Berliner Politiker, heisse Eisen anzufassen, und ihre
- * Vorstellungen haben bei den meisten von uns das Verständ-
- * nis für ihre Probleme vertieft und unsere Haltung bestätigt,
- * einige jedoch auch veranlasst, ihre bisherige Meinung zu
- * überprüfen."

Dieser Besuch war ein eindeutiges Bekenntnis zu den in Bedrängnis lebenden Berlinern, ein Protest gegen die Mauer.